

Weltweite Wanderungsbewegungen und ihre Folgen für Deutschland

Hubertus Schröer

„Deutschland bleibt Deutschland!“ versichert die Kanzlerin im Herbst 2016 im Bundestag beschwörend und will damit der Bevölkerung (und vielleicht auch sich selbst) Mut machen, dass trotz starker Einwanderung sich nichts grundlegend verändern werde. „Bayern muss Bayern bleiben!“ sekundiert die CSU in einem Beschluss des Parteivorstandes vom September 2016 und postuliert: „Wir sind dagegen, dass sich unser weltoffenes Land durch Zuwanderung und Flüchtlingsströme verändert.“

Wirklich? Kann man gegen die Wirklichkeit sein? Entwickelt sich damit eine neue politische Lebenslüge wie die Jahrzehnte gepflegte Behauptung, Deutschland sei kein Einwanderungsland?

Ein erster Blick auf die Wirklichkeit: Veränderungen weltweit

Die Welt ist gekennzeichnet durch Globalisierung. Das bedeutet weltweite Arbeitsteilung, Kontinente übergreifender Wirtschaftsaustausch, das Ausnützen unterschiedlicher Produktions-, Sozial- oder Steuersysteme. Der reiche Teil der Welt profitiert dabei auf Kosten der ärmeren Länder: durch die gezielte Ausbeutung der jeweils billigsten Ware Arbeitskraft, durch Zerstörung sozialer, kultureller und ökologischer Systeme, durch kriegerische Auseinandersetzungen sowohl als Folge kolonial gesetzter willkürlicher Grenzziehungen wie als Kampf um wertvolle Ressourcen. Das sind wesentliche Ursachen für weltweite Wanderungsbewegungen. Menschen machen sich auf den Weg – auf der Flucht vor Bürgerkriegen und Terrorsystemen, ökologischen Katastrophen, unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten und damit fehlenden Zukunftsperspektiven.

Diese Push-Faktoren treffen in einer gewissen Parallele zu den 1950er bis 1970er Jahren auf Pull-Faktoren in den kapitalistischen Ländern des Westens. Wie schon zu Zeiten der „Gastarbeiteranwerbung“ werden Arbeitskräfte gebraucht, allerdings mit anderen Qualifikationen als seinerzeit. Der demografische Wandel beispielsweise in Deutschland führt zu einem ansteigenden Bedarf an Arbeits- und insbesondere an Fachkräften. Von der Großindustrie über kleine und mittlere Unternehmen bis zu den öffentlichen Verwaltungen stehen die Verantwortlichen vor die Aufgabe, im „Kampf um die besten Köpfe“ nicht auf der Strecke zu bleiben. Neben Frauen und behinderten Menschen als noch nicht voll ausgeschöpfte Arbeitskräfte-Reserven sind es Eingewanderte, die diese Bedarfe werden decken müssen. Im Blick auf die wachsende Vielfalt in der Gesellschaft gilt es, sich strategisch – politisch,

organisatorisch, personell– rechtzeitig zu positionieren.

Die Herausforderungen werden deutlich: Der produktive Umgang mit Vielfalt wird zum entscheidenden Erfolgsfaktor für fast alle gesellschaftlichen Institutionen. Die Verantwortlichen werden mit einer zunehmenden Zahl von Menschen zu tun haben, die eine Vielfalt an Sprachen, Kulturen, Eigenarten auszeichnet. Zugleich gibt es keine starren kulturellen Gruppen. Vielmehr sind diese differenziert in einer Vielfalt von Milieus mit verbindenden Gemeinsamkeiten und trennenden Verschiedenheiten. Diese Unterschiedlichkeit findet sich sowohl auf Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Institutionen wie auf Seiten der Kundinnen und Kunden beziehungsweise Nutzerinnen und Nutzer z.B. sozialer Dienstleistungen. Das muss Folgen haben für die Kommunikation nach innen und außen und bietet zugleich Chancen für neue Möglichkeiten der Innovation und Kreativität in diversen Arbeitsteams.

Ein zweiter Blick auf die Wirklichkeit: Aufbruch weltweit

Das Thema dieses Beitrages ist die zunehmende ethnische Vielfalt in unseren Kommunen und die sich daraus ergebenden Gestaltungsaufgaben im Blick auf das Land, und seine Menschen, insbesondere die jungen Menschen.

2015 lebten in Deutschland über 17 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, davon ein Viertel in den 15 größten Städten. Jeder fünfte Einwohner ist also von einer Wanderungsgeschichte geprägt. Im Städtevergleich verzeichnet Frankfurt/Main (47%) den höchsten Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund, gefolgt von Nürnberg (43,4%), Stuttgart (42,2) und München (41,6%). Zumindest in den alten Bundesländern ist die migrantische Bevölkerung aber auch auf eine Vielzahl von Städten kleiner und mittlerer Größenordnung verteilt. Mehr als die Hälfte (55,8%) lebt in Städten und Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern.

Insgesamt verzeichnet Deutschland nach Zeiten des Rückgangs seit den Jahren 2013 und 2014 wieder einen Wanderungsüberschuss von jeweils über 400.000 Menschen. Dieser Trend wird anhalten. Der Prozess wird noch überlagert und kompliziert durch die weltweiten Fluchtbewegungen, die zunehmend Europa und besonders auch Deutschland erreichen. Dabei soll daran erinnert werden, dass im reichen Westen „nur“ ein kleiner Teil von Flüchtlingen ankommt. Die Zahl der Binnenflüchtlinge war 2014 auf einem neuen Rekordhoch: Es waren rund 40 Mio. Menschen innerhalb ihres eigenen Staatsgebietes auf der Flucht, weltweit sind es aktuell 65 Mio. Vertriebene. In Deutschland haben 2015 etwa 890.000 Menschen Schutz gesucht und 476.500 Asyl beantragt. Nachdem es auch mehr als 1 Mio. sonstiger Zuzüge gegeben hat, ist erstmals ein Wanderungssaldo von knapp 1 Mio. Menschen zu verzeichnen. Auch wenn sich in 2016 eine gewisse Entspannung abzeichnet: Die Einwanderungszahlen werden auf Dauer hoch bleiben

Ein dritter Blick auf die Wirklichkeit: Überforderung

Unser Land verändert sich also massiv. Und es ist eine unverantwortliche Politik, diese Veränderungen nicht offen anzusprechen, damit offensiv umzugehen und die neue Gesellschaft im Dialog mit allen Beteiligten zu gestalten. Dies umso mehr, als die Menschen aus nachvollziehbaren Gründen Ängste haben, Überforderung zeigen und sich in ihrer Identität bedroht fühlen. Es gilt, sie von Objekten eines passiv hingenommenen oder von extremem Aufbegehren begleiteten Veränderungsprozesses zu gestaltenden Subjekten dieser Entwicklung zu machen.

Wir befinden uns aktuell in vielfältigen kulturellen Transformationsprozessen – Einheimische wie Eingewanderte. Veränderung kann Verlust bedeuten, Verlust macht Angst. Wenn wir Kultur als Orientierungssystem verstehen, das unser Wahrnehmen, Bewerten und Handeln steuert (Auernheimer), dann bildet Kultur die Grundlage für die Bewältigung des Alltags, der gelebten und sich entwickelnden Traditionen und Praktiken sowie der herrschenden Regeln. Das bedeutet aber auch, dass Kultur ein dynamisches Feld ist. Bei Veränderung von Lebensverhältnissen muss Kultur sich verändern, will sie weiterhin eine verlässliche Orientierung bieten. Kulturelle Transformation ist also ein permanenter Prozess – unabhängig von Einwanderung. Dabei sind die Veränderungs- und Anpassungsleistungen von Migrant*innen in der Regel größer: Sie verlassen den vertrauten Raum, die vertraute Kultur, die vertraute Sprache. Sie müssen kulturelle Bedeutungen transformieren, andere Bedeutungen adaptieren und neue gesellschaftliche Spielregeln lernen. Aber auch die einheimische Bevölkerung muss durch Migration verstärkt Transformationsprozesse leisten: traditionelle Bezüge lösen sich auf, Geschlechterrollen werden hinterfragt, vertraute Sozialräume verändern sich, alte Sicherheiten schwinden, Alltags-Situationen werden uneindeutig, religiöse Bindungen und Überzeugungen lockern sich und werden mit neuen Herausforderungen konfrontiert, kurz: Unsicherheiten dominieren.

Diese Überlegungen lassen deutlich werden, warum die Vorstellung einer starren „Leitkultur“ so wenig hilfreich ist, insbesondere, wenn sie nicht mit Inhalt gefüllt wird und dynamisch verstanden wird. Wenn die CSU in ihrem eingangs erwähnten Positionspapier definiert: „Leitkultur ist die identitätsbildende Prägung unseres Landes. Sie umfasst die bei uns geltende Wertordnung christlicher Prägung, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti.“, dann wird ein statisches, unveränderliches und unter allen Umständen zu bewahrendes Kulturverständnis postuliert, das handlungsunfähig macht.

Das heißt nicht, dass wir nicht alle, alte wie neue Deutsche, auf vereinbarte Werte verpflichtet sind, wie sie unser Grundgesetz formuliert. Das wäre so etwas wie eine republikanische Leitorientierung für die Einwanderungsgesellschaft, die eine neue,

eine andere Gesellschaft sein wird, in die sich in gewisser Weise auch die Deutschen integrieren müssen. Es ist eine Gesellschaft der Wertschätzung des Individuums und seiner unantastbaren Würde, eine Gesellschaft der Gleichberechtigung und der gleichberechtigten Teilhabe aller, eine Gesellschaft der Freiheit, die nicht der Sicherheit geopfert wird, eine Gesellschaft der Chancengerechtigkeit. Diese Werte bedeuten erst einmal eine Forderung an uns selbst, bevor wir sie von anderen einfordern. Und die Möglichkeiten des Zusammenlebens auf der Basis einer gemeinsamen Verständigung müssen permanent individuell und gesellschaftlich ausgehandelt werden.

Ein vierter Blick auf die Wirklichkeit: Vielfaltskompetenz

Eine solche neue Gesellschaft muss also immer wieder neue Regeln des Zusammenlebens finden und die dafür notwendigen Kompetenzen erwerben. Das ist vor allem eine Herausforderung für die Institutionen der formellen und informellen Bildung, also neben der Schule gerade auch für die Kinder- und Jugendhilfe. Heutige Gesellschaften sind von Vielfalt geprägt, der Vielfalt der Geschlechter, der Generationen, der Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, der sexuellen Identitäten, der religiösen und weltanschaulichen Orientierungen und eben auch der unterschiedlichen Herkünfte.

Aus dem Vielfalt-Paradigma ergeben sich neue Kompetenz-Anforderungen an Menschen und Organisationen. Diese neue Kompetenz kann als „Vielfaltskompetenz“ bezeichnet werden, also als Fähigkeit der organisatorischen und individuellen Bewältigung von sich ständig wandelnden Voraussetzungen, Anforderungen und Aufgaben. Elemente dieser Kompetenz sind etwa der Umgang mit Ambivalenz, also mit Uneindeutigkeiten, die Ambiguitätstoleranz, also das Aushalten von Ungewissheit und Fremdheit, die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und zur Flexibilität in der Lebensgestaltung. Sie bedeutet die Fähigkeit, mit Differenz und Fremdheit produktiv umzugehen und die Unterschiede, die sich aus den unterschiedlichen Vielfaltdimensionen ergeben, zumindest auszuhalten, besser sie anzuerkennen und zur Basis des eigenen Handelns zu machen. Das sind Voraussetzungen, um in der Vielfaltsgesellschaft in Schule, Ausbildung und Beruf erfolgreich zu sein.

Hier ergeben sich für die politische Jugendbildung, die kulturelle Jugendbildung, die Kindertagesbetreuung, die offene Jugendarbeit und auch die Jugendsozialarbeit neue Aufgaben: Fit zu machen für eine diversifizierte, plurale Gesellschaft, die bunter, weiblicher, offener und toleranter sein wird. Beizutragen zur Selbstbildung und Identitätsklärung, zur Herausbildung eines neuen „Deutsch-Seins“. Unterstützung zu leisten bei der Aushandlung, wie wir miteinander leben und gemeinsam unsere Zukunft gestalten wollen.

